

GSoA Postfach 8031 Zürich

Farner Consulting AG
Oberdorfstrasse 28
8001 Zürich

Zürich, 20. August 2009

Farner PR bespitzelt GSoA

Sehr geehrter Herr Heller
Sehr geehrte Damen und Herren

Wie die Wochenzeitung WOZ heute berichtet, hat Ihre Firma versucht, die GSoA zu unterwandern. Eine Mitarbeiterin Ihrer Agentur hat im Juni unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an einem GSoA-Wochenende zur Vorbereitung der Abstimmungskampagne für die Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ teilgenommen. An diesem internen Planungsweekend hatte sie offenbar die Aufgabe, Strategie, Argumentationslinie, Aktivitäten und Budget der GSoA für die Abstimmungskampagne auszuspionieren.

Die GSoA protestiert gegen das zutiefst undemokratische Vorgehen seitens Ihrer Agentur. Als Basisbewegung leben wir als GSoA Transparenz und Offenheit in der politischen Auseinandersetzung. Wir erwarten das auch von unseren politischen Gegnern. Wir fordern Sie deshalb öffentlich auf, ebenfalls für Transparenz zu sorgen und folgende Informationen offen zu legen:

1. Sämtliche Informationen, welche über die GSoA, ihre Abstimmungskampagne und ihre Aktivistinnen und Aktivisten zusammengetragen wurden.
2. Ob und wann weitere Leute im Auftrag von Farner PR an internen GSoA-Sitzungen teilgenommen haben.
3. Ob die gesammelten Informationen über die GSoA, ihre Abstimmungskampagne und ihre Aktivistinnen und Aktivisten weiterverbreitet wurden und wohin diese verteilt wurden.
4. Wer Farner PR mit der Kampagne gegen die GSoA beauftragt hat und wie diese finanziert wird.

Ebenso fordern wir Sie auf, das besagte Mandat der Rüstungsfirmen für die Abstimmungskampagne aufzugeben und Ihre Schattenverbände ASUW und AWM aufzulösen.

Soziale Bewegungen leben von der Offenheit gegenüber neuen AktivistInnen. Die Bespitzelung richtet deshalb nicht nur direkten Schaden an, indem Informationen in falsche Hände geraten. Sie ist auch ein Angriff auf die Möglichkeit, sich in offenen Strukturen mit Freiwilligen zu organisieren. Überdies ist die Ausspionierung von politischen Gegnern Ausdruck der Verhöhnung elementarer demokratischer Grundbedingungen, ohne die keine gerechten und fairen politischen Prozesse garantiert werden können. Zu den elementaren Grundbedingungen, die von allen politischen Akteuren akzeptiert werden müssen, gehört auch die Achtung der Privatsphäre von Menschen, die sich in politischen Basisbewegungen engagieren.

In diesem Sinne hoffen wir, dass sich Farner PR in Zukunft an die demokratischen Spielregeln halten und sich der fairen politischen Auseinandersetzung stellen wird.



Josef Lang
GSoA-Vorstand,
Nationalrat



Tom Cassee
GSoA-Sekretär